



Newsletter Nr. 1/2018

des DVPB Landesverbandes Rheinland-Pfalz

verfasst von: *Michael Sauer (Landesvorsitzender)* unter Mitwirkung von
Volker Rith (Schatzmeister)

Inhalt

0. **Bitte um Anmeldung – Kooperationsseminar zu Sozialen Medien und Politischer Meinungsbildung**
1. **Ranking der Politischen Bildung – Bundesländer im Vergleich**
2. **Arbeitsgruppe „Erhöhung der Stundentafel“**
3. **Planungsstand: 19. Tage der Politischen Bildung 2018**
4. **Antisemitismus-Konferenz im Februar 2019**
5. **Rückblick: Kooperationsseminar Ramstein-Exkursion**
6. **Literaturempfehlungen**

0. Bitte um Anmeldung – Kooperationsseminar zu Sozialen Medien und Politischer Meinungsbildung

Sehr geehrte Mitglieder,

zu Beginn des ersten Newsletter 2018 möchten wir nochmals auf unser Kooperationsseminar mit der **Fridtjof-Nansen-Akademie** zum Thema **„Soziale Netzwerke und politische Meinungsbildung – Zur Bedeutung von Echokammern und Filterblasen für die politische Bildung“** hinweisen. Es findet am **4. und 5. Mai** in Ingelheim statt. Wir haben mit der Akademie ein interessantes Programm für ein brandaktuelles Thema zusammengestellt:

Freitag, 4. Mai 2018

15.00-15.30 Uhr

Einführung und Klärung der Erwartungen

Ramona Kemper, M.Ed.

Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung

Michael Sauer

Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e.V.

15.30-17.00 Uhr

Was ist neu an der Filterblase? Zum Zusammenhang von Algorithmen, Trollen und Microtargeting

Prof. Dr. Birgit Stark (angefragt)

Institut für Publizistik

Johannes Gutenberg-Universität Mainz

17.00 Uhr | Pause

17.30-19.00 Uhr

Demokratisierung politischer Öffentlichkeit über soziale Netzwerke?

Stefan Steiger, M.A.

Institut für Politische Wissenschaft

Universität Heidelberg

19.00 Uhr | Abendessen

19.30-21.00 Uhr

Fake News und Social Bots – eine Gefährdung für die Demokratie?

Prof. Dr. Marcus Höreth

Institut für Politikwissenschaft
Technische Universität Kaiserslautern

21.00 Uhr | Ende des ersten Seminartages

Samstag, 5. Mai 2018

9.00-10.30 Uhr

Politische Bildung im Umgang mit sozialen Medien

Prof. Dr. Marcus Höreth

10.30 Uhr | Pause

11.00-12.30 Uhr

Über Propaganda Bescheid wissen. Förderung von Medienkritikfähigkeit im EU-Forschungsprojekt CONTRA

Julian Ernst

Institut für vergleichende Bildungsforschung
und Sozialwissenschaften
Universität zu Köln

12.30 Uhr | Mittagessen

13.30-15.00 Uhr

Praxisworkshop zum Umgang mit sozialen Netzwerken und politischer Meinungsbildung

Friedhelm Lorig, M.A.

medien+bildung.com

15.00-15.30 Uhr | Abschlussevaluation und Ende des Seminars

Anmelden können Sie sich [hier](#).

1. Ranking der Politischen Bildung – Bundesländer im Vergleich

Reinhold Hedtke, Professor für die Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Bielefeld und stellvertretender Bundesvorsitzender der DVPB, erarbeitete mit seinem Team ein Ranking der Bundesländer zur Situation der Politischen Bildung an allgemeinbildenden Schulen in der Sekundarstufe I. In diesem Ranking erreichte Rheinland-Pfalz den **drittletzten Platz**.

(Anzumerken ist, dass die Werte in Bezug auf Rheinland-Pfalz Fehler aufweisen. Allerdings würden auch die korrigierten Werte das Ergebnis nicht verändern.)

Der Landesverband der DVPB hat hierzu folgende Stellungnahme verfasst:

Die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB), Landesverband Rheinland-Pfalz, welche die Interessen der Politischen Bildner, insbesondere der Sozialkundelehrer vertritt, ist seit langem unzufrieden mit der Stundenausstattung des Faches Sozialkunde in Rheinland-Pfalz. Insbesondere in der Sekundarstufe I ist es kaum hinnehmbar, dass diesem Fach nur 3 Stunden insgesamt zur Verfügung stehen, zwei in Klassenstufe 9 und eine in Klassenstufe 10 (gilt für G9-Gymnasium).

Insbesondere die Wahlerfolge populistischer und antidemokratischer Akteure, auch auf Landesebene, hat gezeigt, welche Bedeutung der Politischen Bildung zukommen muss. Die Inhalte und Kompetenzen, welcher der Lehrplan verlangt, lassen sich innerhalb der aktuellen Stundentafel kaum verwirklichen. Außerdem sendet die geringe Stundenanzahl auch ein

falsches Bild von der Bedeutung des Faches an die Schüler, aber auch an die gesamte Gesellschaft: Es wird von Ihnen auch oft nicht mit der Wertschätzung betrachtet wie sogenannte Hauptfächer oder Naturwissenschaften. Dies ist ein fatales Signal! Für die DVPB ist die relative Stundenausstattung des Faches im Vergleich mit anderen Bundesländern zwar problematisch, aber wichtiger scheint hier die absolute Stundenzahl zu sein. Diese ist zu gering!

Die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung ist sich sicher, dass auch im Bildungsministerium in Rheinland-Pfalz dieser Zusammenhang erkannt worden ist und die Verantwortlichen die Zahl der Sozialkundestunden an allgemeinbildenden Schulen mittelfristig erhöhen.

Die Studie von Professor Hedtke finden Sie unter <https://pub.uni-bielefeld.de/publication/2917207>.

Einen weiteren Kommentar von DVPB-Vorstandsmitglied Prof. Kerstin Pohl (Uni Mainz) zur Situation in RLP finden Sie hier: <https://fachdidaktik.politik.uni-mainz.de/files/2018/02/Stellungnahme-Pohl-zum-Ranking-politische-Bildung-Position-RLP.pdf>

Auch DVPB-Mitglied Prof. Matthias Busch (Uni Trier) hat das Ranking [kommentiert](#).

2. Arbeitsgruppe „Erhöhung der Stundentafel“

Staatssekretär **Hans Beckmann** forderte uns im letzten Jahr auf, für die Erhöhung der Stundenzahl im Fach Sozialkunde in der Sekundarstufe I, Vorschläge zu entwickeln. Diese Aufforderung wurde im Folgenden begleitet von Signalen aus dem Bildungsministerium, ernsthaft über eine solche Erhöhung nachzudenken.

So versprach Bildungsministerin **Stefanie Hubig** auf dem Demokratie-Tag persönlich dem DVPB-Landesvorsitzenden **Michael Sauer**, die Situation der Sozialkunde zu verbessern.

In diesem Kontext bildete die DVPB Ende 2017 eine Arbeitsgruppe, um Vorschläge für die inhaltliche Umsetzung der Erhöhung der Stundentafel zu erarbeiten. Dieser Arbeitsgruppe gehören neben dem Landesvorsitzenden Michael Sauer die beiden Stellvertreter **Georg Mohr** und **Stefan Fölker**, Schatzmeister **Volker Rith** sowie **Kerstin Pohl** und **Thorsten Schreier** an.

In mehreren Treffen wurden Möglichkeiten für eine Erhöhung erarbeitet und bereits auch mit Vertretern des Bildungsministeriums diskutiert. Unsere Vorschläge fanden dabei große Zustimmung aus dem Ministerium, so dass wir optimistisch sind, dass mittelfristig eine Erhöhung der Anzahl der Sozialkundestunden erfolgen wird.

Die Arbeitsgruppe begleitet auch weiterhin diesen Prozess konstruktiv. Wir informieren, sobald wir sicher wissen, ob und in welcher Form die Erhöhung der Stundenzahl kommt.

3. Planungsstand: 19. Tage der Politischen Bildung 2018

Die **19. Tage der Politischen Bildung Rheinland-Pfalz** finden am 22./23. November 2018 im Butenschön-Haus in Landau statt. Unser Thema in diesem Jahr lautet **„Populismus - Umbau des Wohlfahrtsstaates – Digitalisierung der Arbeitswelt: Scheitert die Demokratie in Deutschland?“**.

Die Planungen sind weitgehend abgeschlossen und wir erwarten auch dieses Mal eine interessante Tagung. Als Referenten konnten wir bisher Prof. Dirk Jörke (TU Darmstadt), Prof. Reimut Zohlnhöfer (Uni Heidelberg) und Dr. Anke Knopp (ehemals Bertelsmann-Stiftung) verpflichten. Am zweiten Tag findet eine Besichtigung des Daimler Logistics Center in Germersheim statt, bei der wir die Aspekte „Digitalisierung der Arbeitswelt“ und „Industrie 4.0“ ganz anschaulich erfahren möchten. Außerdem haben wir den Oberbürgermeister der Stadt Pirmasens, Bernhard Matheis, eingeladen, um mit ihm über die Situation der Kommunen/Städte zu sprechen.

Für die Tagung suchen wir noch drei bis vier Workshops, welche an konkreten Beispielen - möglicherweise auch unterrichtsbezogen - Teilaspekte des Tagungsthemas vertiefen. **Sollten Sie hierfür Vorschläge haben oder gerne auch selbst einen Workshop anbieten wollen, dann teilen Sie ihren Vorschlag bis Anfang April per Mail an den Landesvorsitzenden mit.**

4. Antisemitismus-Konferenz im Februar 2019

Am 14. und 15. Februar 2019 findet in Kooperation mit der **Landeszentrale für Politische Bildung**, dem **EFWI**, dem **Bildungsministerium** und dem **Wochenschau-Verlag** eine Tagung/Konferenz zum Thema Antisemitismus in Mainz statt. Hierbei soll das Thema vor allem als Herausforderung für die Politische Bildung diskutiert werden.

Die Schirmherrschaft für die Tagung hat **Ministerpräsidentin Malu Dreyer** übernommen, sie wird außerdem von der **OSZE** unterstützt.

Wir erwarten eine sehr öffentlichkeitswirksame Konferenz zu einem sehr wichtigen Thema, bei der auch die DVPB als Kooperationspartner sehr positiv wahrgenommen werden kann.

Weitere Informationen folgen im Laufe des Jahres.

5. Rückblick: Kooperationsseminar Ramstein-Exkursion

Am 28. Februar fand unser **Kooperationsseminar** mit der **Atlantischen Akademie** zum Thema „Global Zero adé? Nuklearwaffen, Abschreckung und die internationalen Beziehungen“ statt. Wie schon im letzten Jahr war auch diese Veranstaltung ausgebucht.

Nach einer Begrüßung und Einführung durch den Direktor der Atlantischen Akademie, **Dr. David Sirakov**, und den Landesvorsitzenden der DVPB, **Michael Sauer**, hielt Professor **Sebastian Harnisch** (Uni Heidelberg), ein ausgewiesener Experte für Außen- und Sicherheitspolitik, den grundlegenden Vortrag.



(Dr. David Sirakov, Direktor der Atlantischen Akademie, begrüßt die Teilnehmer, Foto: Atlantische Akademie)

Er stellt hierbei die Initiative „Global Zero“ vor und verortete diese Idee in die historische Entwicklung der Nichtverbreitungsregime atomarer Waffensysteme. Während des Kalten Krieges bestand nach Harnisch fortwährend die Gefahr, dass Kernwaffen in die Hände zahlreicher Staaten oder nichtstaatlichen Akteure gelangen. Eine globale Instabilität oder ein Atomkrieg war somit früher oder später zu befürchten. Um dieser Gefahr zu begegnen, wurde 1968 der nukleare Nichtverbreitungsvertrag (NVV) oder Atomwaffensperrvertrag ausgehandelt, der 1970 in Kraft trat. Seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts habe sich jedoch diese relativ stabile Situation aufgrund dieses Abrüstungsregimes dramatisch verändert. Das Regime zur Verhinderung der Verbreitung von Nuklearwaffen stecke laut Harnisch in einer tiefen Krise. „Das Nutzenkalkül mancher

Nichtkernwaffenstaaten, die im Ausgleich für ihren Atomwaffenverzicht nukleare Abrüstung der Kernwaffenmächte und Zugang zur zivilen Kerntechnik erwarten, gerät aus der Balance.“ Immer mehr Länder wollten das Vertragsregime verlassen. Harnisch sprach in seinem Vortrag von 40 Ländern. Immer mehr neue Atomwaffenstaaten könnten sich etablieren, da der Besitz der Atomwaffe der einzige Schutz vor Eingriffen in ihre staatliche Souveränität (vgl. Irakkrieg, Libyenkonflikt etc.) darstelle. Mehr Kernwaffenstaaten bedeuteten eine größere Gefahr für einen unautorisierten Zugang zu Waffen und waffenfähigem Material, unter anderem durch Terrorgruppen.

In diesem Zusammenhang, verstärkt durch die Ereignisse von Fukushima (2011), kam es zur staatlichen (Regierung Obama) und zivilgesellschaftlichen Initiativen zur vollständigen Beseitigung von Atomwaffen, genannt „Global Zero“. In dem die Nuklearmächte bereit waren ihre Atomwaffen abzurüsten und bis 2030 auf „Null“ zu senken, sollte der Ausstieg der Nichtkernwaffenstaaten aus dem NVV verhindert werden. Diese Initiative zur vollständigen Abschaffung von Nuklearwaffen ist mittlerweile nach Harnisch zu einer Utopie geworden. Vielmehr haben inzwischen zahlreiche Staaten ihre atomare Waffentechnik modernisiert (USA, Russland) oder sogar ausgebaut (Nordkorea, China).

Harnisch vertrat weiterhin die These, dass das nordkoreanische Regime durchaus rational handle. Die Außenpolitik Kim Jong-uns beruhe in erster Linie auf Abschreckung und den Schutz der territorialen Integrität durch militärische Stärke. Am Ende des Vortrags erklärte Professor Harnisch die neueren innen- und außenpolitischen Entwicklungen Nordkoreas und gab eine Einschätzung des zu erwarteten Krisenmanagements bzw. Reaktionen der USA.

Das Gefahrenpotential eines atomaren Konflikts sei im steigenden Maße gegeben: Harnisch sprach von einer Wahrscheinlichkeit von 5-10 %. Mit der plutonium- und uranbasierten Produktion von nuklearem Material sei es Nordkorea zwar möglich, Waffen herzustellen. Nordkorea könne somit Nuklearwaffen einsetzen, verfüge aber bis heute - so Harnisch - über ein unzureichendes ballistisches Trägersystem.



(Prof. Sebastian Harnisch bei seinem Vortrag; Foto: Atlantische Akademie)

Am Nachmittag stand eine Exkursion zur Airbase Ramstein auf dem Programm. Die geführte Tour mit Flugzeugbesichtigung dauerte circa zweieinhalb Stunden.

Zum Abschluss zog Dr. David Sirakov eine Bilanz zum ersten Jahr der Präsidentschaft Trump unter besonderer Berücksichtigung der Außen- und Sicherheitspolitik. Darin machte er deutlich, dass Trump in Bezug auf seine

Wählerschaft durchaus erfolgreich war und versuche die Wahlversprechen auch umzusetzen. Sorgen machen Sirakov die vielen unbesetzten Stellen in der Administration, insbesondere im Außenministerium. Damit ginge viel Wissen über internationale Beziehungen, Regionen und Länder verloren, aber auch für die Diplomatie wichtige Netzwerke würden geschwächt.

6. Literaturhinweise

In diesem Newsletter möchten wir wieder die Gelegenheit nutzen, Literaturhinweise und –empfehlungen zu geben:

- a) Der erste Hinweis ist ein Unterrichtsmaterial zum israelisch-palästinensischen Konflikt, welches **vom DVPB-Landesvorsitzenden Michael Sauer** zusammen mit DVPB-Mitglied und Israel-Experte **Dr. Steffen Hagemann** erstellt wurde.

Dr. Steffen Hagemann / Michael Sauer: Nahost-Konflikt, Reihe Wochenschau Sek. II, Frankfurt a. Main 2018,

32 S., 11,40 Euro.



Über das Heft:

Eine Vielzahl an Akteuren und Problemlagen lassen den Konflikt zwischen Israel und Palästina als unlösbar erscheinen. Immer, wenn eine Lösung zum Greifen nah schien, eskalierte die Gewalt aufs Neue und provozierte heftige Gegenreaktionen. Wie kann angesichts dieser Gewaltspirale und unüberwindbarer Interessengegensätze eine Konfliktlösung aussehen?

Im aktuellen WOCHENSCHAU-Vertiefungsheft setzen sich die Schüler_innen mit dem Kern des Nahostkonflikts, der Auseinandersetzung um eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts, auseinander. Neben einer historischen Betrachtung der Konfliktgenese werden zentrale

Konfliktfelder, wie der israelische Siedlungsbau und der islamistische Terrorismus, sowie die handelnden Akteure und deren Chancen auf Interessendurchsetzung analysiert. Abschließend unterziehen die Schüler_innen verschiedene Lösungsmöglichkeiten einer kritischen Würdigung.

Nähere Informationen und Bestellmöglichkeiten erhalten Sie unter:

<http://www.wochenschau-verlag.de/nahostkonflikt.html>

b)

Eine sehr interessante Studie, welche die Politik und Rolle der AfD in den Landtagen untersucht, erscheint Ende März 2018 im Wochenschau-Verlag. Auch im Blickpunkt hierbei ist die AfD im rheinland-pfälzischen Landtag.

Benno Hafener, Hannah Jestädt, Lisa-Marie Klose, Philine Lewek: AfD in Parlamenten, Wochenschau-Verlag, Frankfurt am Main 2018,

176 S., 11,99 Euro.



Über das Buch:

Der organisierte rechte Populismus hat mit der Alternative für Deutschland (AfD) auch die bundesdeutschen Parlamente erreicht. In zahlreichen Kommunen, in 14 Ländern und im Deutschen Bundestag ist sie mit großen Fraktionen vertreten. Das Aufkommen und die Etablierung der AfD ist Ausdruck tiefgreifender Veränderungen der Parteiendemokratie, von gesellschaftlichen Krisenentwicklungen und von Stimmungen in Teilen der Bevölkerung. Diese werden von der AfD aufgenommen und es gelingt der Partei, politische Diskurse zu beeinflussen und Wähler*innenpotential zu binden.

Diese Studie untersucht die Politik von AfD-Fraktionen in kommunalen Parlamenten von Hessen und Niedersachsen sowie im Landtag von Rheinland-Pfalz. Der Blick auf die eingebrachten Anträge und Anfragen zeigt, welche Themen und Argumentationsmuster zentral sind und mit welchen Strategien und Politikstilen die AfD in den Parlamenten agiert. Daraus entsteht ein vielschichtiges Bild der parlamentarischen Aktivitäten einer neuen Partei, die sich im Spannungsfeld von national-konservativ, national-liberal, rechtspopulistisch und völkisch-nationalistisch bewegt.

Die Befragung von Parlamentarier*innen der „etablierten“ Parteien zu ihrer Wahrnehmung der AfD und ihrem Umgang mit ihr liefert Argumente für eine differenzierte und aufklärende Auseinandersetzung mit der neu-rechten Partei.

Nähere Informationen gibt es hier:

<http://www.wochenschau-verlag.de/afd-in-parlamenten-2382.html>